

**Organisationstreffen (125. RTG)  
als Online Treffen organisiert**  
30. Jän. 2021, 17 – 19:45 Uhr,  
als Online Konferenz organisiert

**1. Aufwärmen:**

- a)** Nächster Termin **126. RTG** : 26. Febr. 2021 (17 – 19 Uhr)  
Die Verschiebung vom ursprünglich angepeilten Termin 19. Febr. 2021 war deshalb notwendig geworden, weil am 20. Febr. 2021 das BGE-SprecherInnen Treffen der VertreterInnen der Bundesländer in Wien ein face-to-face Treffen vereinbart haben und daher eine Reihe von ihnen bereits am Vortag nach Wien anreisen müssen.
- b) TeilnehmerInnen:** Martin Diendorfer, Franz Linsbauer, Christine Kamelreiter, Ilse Kleinschuster, Rudolf Kulovic, Roswitha Minardi, Petra Payer, Klaus Sambor und Ulli Sambor (Protokoll), Heinz Swoboda, Alexander Zirkelbach  
**Entschuldigt:** Erik Bauer, Doris Brandl, Paul Ettl, Pepe Lesjak
- c)** Kurze Vorstellungsrunde: Diese wurde auch dazu verwendet, um - von Franz Linsbauer angeregt - die Teilnehmer zu Stellungnahmen zur derzeitigen politisch Situation einzuladen. Dazu einige Stichworte:
- kritische Beurteilung der Regierungstätigkeit bezüglich Corona-19
  - Empörung über unmenschliche Abschiebung
  - Aufnahme von Kindern in Österreich, statt unzureichende Hilfeleistung vor Ort für Griechenland
  - „Verbesserung der Demokratie“ (Konsultative)
  - keine ausreichende Klimapolitik, Druck auf GRÜNE erhöhen (Zitat von Kreisky „Man kann Umstände zur Kenntnis nehmen, aber nicht hinnehmen“)
- d)** Fragen zum Protokoll der 124. RTG (11. Dez. 2020) Online Konferenz  
Keine
- e)** Stellungnahme des Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt (NGusZ) zur Broschüre der Generation Grundeinkommen (GG) beim 126. RTG?  
Klaus berichtete, dass eine solche Stellungnahme bereits ausgearbeitet wurde, und an den RTG gesendet werden kann, wenn eine Diskussion darüber beim 126. RTG stattfinden soll.  
Nach Diskussion wurde ein solches Gespräch begrüßt. Klaus soll die Stellungnahme mit der Einladung zum 126. RTG mitsenden, damit die TeilnehmerInnen sich auf die Diskussion darüber vorbereiten können.

## 2. ÖSTERREICH

### 2.0 „Auslandsösterreicher“ (Position durch Systemisches Konsensieren finden), siehe beigefügte Alternativen A, B, MD

Beim 124. RTG wurde dieser Tagesordnungspunkt auf heute verschoben, um allen noch Gelegenheit zu geben, sich eine Meinung zu bilden und zunächst auch die Frage „Wie kann man den Wohnsitz definieren, wie feststellen“ mitbedenken.

Martin Diendorfer erklärte zu seiner Alternative MD, dass es eine einfache Lösung geben könnte, wenn es sich um 5.000 oder sogar um 50.000 Personen handeln würde, aber da es derzeit 538.000 Auslandsösterreicher gibt, würde eine Auszahlung für diese Personen (bei Annahme von ca. 1.400 pro Monat) ca. 9 Milliarden kosten. Wollen wir das vom Staat Österreich her gesehen ausgeben?

Klaus Sambor verwies auf die beim 157. Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen Treffen dazu gemachten Aussagen:

Zu unserer letzten Diskussion meinte Robert Reischer:

Bei nationaler oder regionaler Einführung ist zu beachten, dass es nicht nur um die Haushaltskassen der Einzelnen geht, sondern auch um die soziale und kulturelle Entwicklung des Gemeinwesens. Daher ist eine Auszahlung an ALLE BEWOHNER\*INNEN im betreffenden Gebiet sinnvoll, eine Auszahlung an einzelne, verstreut lebende Österreicher jedoch NICHT. Es obliegt immer deren Entscheidung, unter welchen Bedingungen sie leben wollen - wie auch jetzt.

Für kurzfristige Auslandsaufenthalte und für Menschen, die NICHT freiwillig wohin gehen sondern entsandt werden (Soldaten, Zivildienstler, Entwicklungshelfer etc.) gilt ohnehin weiterhin der Hauptwohnsitz in Österreich.

Zudem ist die Einführung des BGE auch mit steuerlichen Maßnahmen verbunden, die im Ausland nicht erfüllt werden würden.

Als Ausnahmen meinte Martin Diendorfer zu den bereits genannten noch speziell Folgende: Journalisten (Auslandskorrespondenten), Studenten, die im Ausland studieren.

Nun wurde die Frage gestellt, ob auch für im Ausland für „Internationale Konzerne“ arbeitenden Personen eine Ausnahme gemacht werden soll. Dazu wurde nun gemeint NEIN, denn diese Personen beziehen dort ihre Gehälter und sind nicht in Mission für Österreich dort tätig.

Alexander Zirkelbach meinte, dass man niemanden ausschließen sollte und nicht beginnen sollte „Ausnahmen“ zu machen. Seiner Meinung nach sollte man das BGE an den Geburtsort einer Person abhängig machen.

Da entstandt dazu sofort eine Diskussion, dass schwangere Frauen nach Österreich kommen könnten, um hier ihr Kind zur Welt zu bringen, um das BGE für das Kind zu bekommen. Sein Lösungsvorschlag dazu war, dass die Frau 10 Monate vorher schon in Österreich sein müsste (um nachher auch zu bleiben?). Er ist auch dagegen, dass für das BGE eine österreichische Staatsbürgerschaft notwendig sein soll.

Roswitha erwähnte, dass derzeit bereits 1,3 Millionen Personen in Österreich leben, die nach der Idee, das BGE vom Geburtsort abhängig zu machen, zu berücksichtigen wären. Außerdem fügte Roswitha einen LINK für eine Veranstaltung bei, bei der über die BGE-Auszahlung an Häftlinge gesprochen werden wird: 8.2., 19:00 uhr

<https://us02web.zoom.us/j/85338181570?pwd=OXA0WDhNUzN6M2phVjVkMXJpM3diQT09>

Ilse Kleinschuster meinte, dass es vor allem notwendig sei, eine Lösung zu finden, bei der keine „Kontrollen“ notwendig sind.

Es gab noch weitere intensive Diskussionen, die mit der Erkenntnis endete, dass man sich heute nicht auf eine Position zu dieser Frage einigen können würde. Christine meinte aber, dass es zu einer Position des RTG kommen und die Frage nicht weiter aufgeschoben werden sollte. Dem stimmten alle zu und es wurde vereinbart, eine Ad-Hoc-Gruppe einzurichten, die bis zum 126. RTG einen beschlussfähigen Vorschlag ausarbeiten soll (möglichst im Konsens, oder zumindestens mit Konsent). Für diese Ad-hoc-Gruppe meldete sich Martin Diendorfer, Alexander Zirkelbach und Christine Kamelreiter.

## **2.1 Bericht des Koordinationsteams für das BGE Volksbegehren**

Roswitha hat berichtet und die Kurzfassung ist hier enthalten;

- BGE-Volksbegehren: 61.308 Unterschriften per 29.01.2021
- Statements von Prominenten auf der Volksbegehren Homepage: neu: Prainsack; bitte bestehende Kontakte aktivieren
- RegionalsprecherInnen: anbei die Aufgabenbeschreibung; bitte nachdenken, wen ihr kennt und das doc weiterleiten könnt (siehe Att. 1)
- Volksbegehren-Visitenkarten: Netter Weise DI Hadwig Soyoye-Rothschädl die Koordination der Verteilung von Flyer für ganz Österreich übernommen. Bitte schreibt ihr eure Postadresse und wie viele ihr haben möchtet. Allerdings ist nicht sicher, ob sie auch Volksbegehren-Visitkarten und Vgb-Broschüren hat.
- Viele Arbeitsgruppen sind aktiv, um das Vbg und EBI zum BGE zu bewerben, aufmerksam zu machen, zu informieren.

Klaus hat hinzugefügt, dass die Bewerbung der EBI in der Service Stelle der Gemeinde Brunn am Gebirge von der Amtsleitung (obwohl sie nur für Volksbegehren in Österreich zuständig sind) erlaubt worden ist. Die RegionalsprecherInnen der Bundesländer sollen auf das Beispiel von Brunn a. Geb. hinweisen und es auch bei ihren Gemeinden versuchen (siehe Att. 2).

## 2.2 Veranstaltungen / Aktivitäten / Schwerpunktsetzungen

### a) bereits durchgeführt:

- 09. Jän. 2021:** Grünes Netzwerktreffen (DE)
- 15. Jän. 2021:** Treffen der RegionalsprecherInnen
- 18. Jän. 2021:** People´s Assembly for UBI
- 19. Jän. 2021:** Attac Regionalgruppe Mödling
- 20. Jän. 2021:** Grundeinkommen: echte Alternative oder Kollaps des Sozialstaates (Griss, Keuschnigg, Helmo, Indra Collini)
- 22. Jän. 2021:** 157. Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen
- 26. Jän. 2021:** Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt

### b) geplant (Viele Veranstaltungen wurden abgesagt bzw. verschoben)

- 08. Febr. 2021:** Webinar; Sabine Jungwith – Helmo Pape
- 09. Febr. 2021:** Attac Regionalgruppe Mödling
- 23. Febr. 2021:** 158. Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen
- 28. Febr. 2021:** 9:05 Ö1 Barbara Prainsack
- 22. März 2021:** Stammtisch (Linz) mit Barbara Prainsack
- 16. April 2021:** Workshop „Mein-Dein-Unser Grundeinkommen“
- VHS 1090 Wien:** Termine (BGE-Finanzierungsmodelle) sind online <https://www.vhs.at/de/s?q=grundeinkommen>
- 6. Mai 2021:** VHS Linz „Vortrag zum Linzer Modell“

## 2.3 Reflexion über die „13. Internationale Woche des Grundeinkommens“ (14. - 20. Sept. 2020) und Planung für die 14. Internationale Woche des Grundeinkommens (20.-26. 09. 2021)

Heinz Swoboda hat eine ausführliche „Statistik – IT & Social Networks“ ausgearbeitet (siehe Att. 3).

Die Planung der 14. Internationalen Woche des Grundeinkommens sollte möglichst bald durchgeführt werden. Der SLOGAN wird weltweit abgestimmt, aber wir sind nicht gezwungen, das Ergebnis auch für unsere Deutsch-sprachigen Länder (AT, DE, CH) zu übernehmen. Allerdings sollten wir den SLOGAN, falls der internationale nicht passen sollte, untereinander abstimmen.

Derzeitige Vorschläge im heutigen Treffen:

- Endspurt für unsere Europäische BürgerInnen-Initiative zum BGE
- Gemeinsam zum Grundeinkommen!

## 2.4 Vorschlag für Jän. 2021 **RTG Newsletter**

Der ENTWURF Att. 2 wurde mit der Einladung zu unserem 125. RTG versendet. Da zu dem von der dazu eingerichteten Ad-hoc-Gruppe (Ilse Kleinschuster, Ulli Sambor, Klaus Sambor, Heinz Swoboda bezüglich IT technische Ergänzungen, LINKS und dgl) keine Einsprüche erfolgten, wird dieser „Jän. 2021 RTG-Newletter“ am Sonntag (31.01.2021) an die 64 E-mail Adressen, die sich für monatliche Informationen bei [www.progrundeinkommen.at](http://www.progrundeinkommen.at) eingetragen hatten, ausgesendet. Die Versendung übernimmt Heinz Swoboda. (siehe Att. 4)

**2.5 EVAL: Beschluss: Mitgliedschaft des RTG im Bündnis-Komitee (JA?):**  
<https://oc.rare.at/index.php/s/BS7wJpNEOcMcx9f>

Beim 124. RTG wurde der Beschluss, ob der RTG dem **Bündnis-Komitee**: beitreten soll, auf das heutige Treffen verschoben, um allen nochmals die Möglichkeit zu geben, dies in Ruhe alles zu überlegen. Die Powerpoint Präsentation, die im oben angeführten LINK enthalten ist, wurde bei diesem Treffen nochmals präsentiert.

Danach erfolgte eine ausführliche Diskussion, wobei die großartige Arbeit, die Karl-Heinz Hinrichs (EVAL) durchgeführt / koordiniert hat, gewürdigt wurde. Besonders Rudolf Kulovic und Ilse Kleinschuster betonten das. Bei einer Abstimmung gab es mit einer Stimmenthaltung die Zustimmung, dass der RTG beitrifft. Wer als VertreterIn gewählt werden soll, wurde auf das 126. Treffen verschoben.

**Anmerkung außerhalb des Protolls:**

Das Att. 5 a und Att. 5 b sind am 31.01.2021 eingetroffen und werden dem Protokoll beigelegt.

Der Tagesordnungspunkt **a)** Finanzieller Überblick wurde vorgezogen:

Das **Att. 6** enthält die genauen Zahlen, nachdem die beantragten Ausgaben des RTG für die Jahres-Mitgliedsbeiträge für UBIE 2020 und 2021 (je 100,00€) genehmigt worden sind und auch ein Beitrag für 2021 von 50,00€ für das Amerlinghaus.

**AUS ZEITMANGEL WURDEN DIE PUNKTE 3 UND 4 DER TAGESORDNUNG AUF DAS 126. RTG TREFFEN VERSCHOBEN.**

### **3. EUROPA**

#### **3.1. Bericht ECI Start Unconditional Basic Incomes throughout the EU**

- a) Aktueller Stand** der Unterschriften in allen 27 Ländern der EU
- b) Kurzbericht: 6. European Coordination Meeting** (19. Dez. 2020)
- c) Vorbereitung: 7. European Coordination Meeting** (27. Febr. 2021)

- d) Europaweite Verlosung** (Gewinnspiel): aktueller Stand
- e) UBIE General Assembly** (20. / 21. März 2021)

## **4. WELT**

**4.1 Weltweite Diskussion zur Einführung des BGE (SDGs und UBI)**

**4.2 Global Map on UBI Networks** (aktueller Stand)

## **5. Sonstiges**

- a)** Finanzieller Überblick (siehe oben)
- b)** Initiative Zivilgesellschaft (Kurzbericht vom **21. Jän. 2021**)
- c)** Konsultative

**In der Abschlussrunde wurde (außer das zeitliche Überziehen der geplanten Zeit) das Treffen positiv bewertet.**